

Zivilgesellschaft in Asien

Indonesien

Rohstoffreicher Archipel mit menschenrechtlichen Herausforderungen

Indonesien hat eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, die das Land in der Zeit nach dem Suharto-Regime maßgeblich mitgestaltete. Errungenschaften des Demokratisierungsprozess für Gesellschaft und Bürger:innen sind jedoch in Gefahr: Zunehmend werden Gesetze angewendet, um Meinungsfreiheit und andere Grundrechte zu beschneiden, Minderheiten sind Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt.



Demonstration gegen das „Omnibus-Gesetz“ in Jakarta. (Foto: Leona Pröpper)

Einhegung und Unterdrückung

Während der Corona-Pandemie wurde 2020 das so genannte „Omnibus-Gesetz“ verabschiedet, ein massives Gesetzesbündel, das dutzende bestehende Gesetze ändert und damit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen soll. Hunderttausende Bürger:innen protestieren landesweit auf den Straßen. Gewerkschaften und NGOs fürchten, dass Arbeits- und Umweltschutz drastisch untergraben und Menschenrechte verletzt werden. Im ressourcenreichen Archipel gibt es durch Bergbau und expandierende Ölpalmen-Plantagen zahlreiche Landkonflikte, im Schatten der Pandemie kam es vermehrt zu Landnahmen durch Unternehmen. Hierbei kam es wiederholt zu Verletzung der Rechte indigener Völker.

Amnesty International stellte im Jahr 2021 mindestens 158 Fälle von Drohungen, physischen, digitalen und anderen Angriffen gegenüber 367 Menschenrechtsverteidiger:innen fest. Auch Fälle, in denen Arbeiter:innenrechte und das Recht auf Recht auf Versammlungs- und Vereinigungs-

freiheit beschnitten wurden, sind dokumentiert. Diskriminierungen gegenüber Religionsminderheiten halten an, besonders gegenüber der Gemeinschaft der Ahmadiyya, hierbei kommt es auch zu Gewalt und Einschüchterungen.¹

Positiv ist hervorzuheben, dass jüngst im April 2022 ein Gesetz zu sexueller Gewalt verabschiedet wurde. Dies ist auch Ergebnis des jahrelangen Engagements zivilgesellschaftlicher Kräfte.

Alarmierende Situation in Westpapua

Die Menschenrechtslage in Westpapua ist fortwährend angespannt. NGOs dokumentieren regelmäßig Menschenrechtsverletzungen gegenüber indigenen Papua und Aktivist:innen. Anfang 2022 äußerten sich drei UN-Sonder-

1 Amnesty International (2022): Report 2021/22. URL: <https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-east-asia-and-the-pacific/indonesia/report-indonesia/>

berichterstatte:innen besorgt über die Entwicklungen in der Region. Sie berichten von Morden an Kindern, Verschwindenlassen, Folter und erzwungenen Massenvertreibungen von 60.000 bis 100.000 Menschen seit 2018.²

Ein Gesetzentwurf zur administrativen Aufteilung Westpapuas von zwei auf fünf Provinzen wurde im April 2022 vom Parlament angenommen, die Ratifizierung steht noch aus. Infolge der Verwaltungsreform fürchten Menschenrechtsverteidiger:innen, dass Landnahmen und Menschenrechtsverletzungen zunehmen und die Militärpräsenz in der Region ansteigt.³

Einschränkungen von Pressefreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung

Indonesien steht auf Platz 113 von 180 Ländern in der Rangliste der Pressefreiheit von *Reporter ohne Grenzen*. Der Zustand der Pressefreiheit hat sich seit 2010er Jahren wieder verschlechtert. 2021 gab es laut der *Alliance of Independent Journalists (AIJ)* 84 Übergriffe gegenüber Journalist:innen, es kam dabei auch zu Verhaftungen. Einschüchterungen gegenüber Medienschaffenden nehmen dabei v.a. im digitalen Raum zu. Besonders betroffen sind landesweit Umweltjournalist:innen, die über Landkonflikte berichten. Insbesondere in Westpapua gibt es zunehmend Angriffe und Verhaftungen von lokalen Journalist:innen.⁴ Dort kam es auch wiederholt zu Internetblockaden. Für ausländische Journalist:innen ist der Zugang nach Westpapua stark eingeschränkt.

Instrumentalisierung von Gesetzen

Durch das ITE-Gesetz (Gesetz für elektronische Informationen und Transaktionen, verabschiedet 2008, geändert 2016) können Bürger:innen, bei kritischen Posts in den sozialen Medien, und Journalist:innen kriminalisiert werden. V.a. ein Artikel zu Verleumdung gibt hierzu weitreichen-

2 UN (2022): Indonesia: Shocking abuses against indigenous Papuans, rights experts report. URL: <https://news.un.org/en/story/2022/03/1113062>

3 Watch Indonesia! und West Papua Netzwerk (2022): Joint Stakeholders' Submission for Universal Periodic Review (UPR) of the Republic of Indonesia. URL: https://www.watchindonesia.de/wp-content/uploads/UPR_Submission_Indonesia_-2022_WI_WPN.pdf

4 Reporter ohne Grenzen (2022): Ländersseite Indonesien. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/indonesien>

den Spielraum. Jüngst wurden die Menschenrechtsverteidiger:innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti angeklagt, da sie ein YouTube-Video veröffentlichten, in dem sie über die mutmaßliche Verwicklung von Militärs in der Bergbauindustrie diskutierten.

Auch durch das Gesetz zu Blasphemie wird das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Es dient regelmäßig als Vorwand, um regierungskritische Stimmen oder Nachrichten zu politisch sensiblen Themen oder mit religionskritischen Inhalten, zu unterbinden.⁵

Empfehlungen

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Vertreter:innen der Bundesregierung, sich im Dialog mit Indonesiens Parlamentarier:innen und Regierungsvertreter:innen dafür einzusetzen, dass

- Menschenrechtsverteidiger:innen und Umweltaktivist:innen umfassend geschützt, Schikanen, Einschüchterungen, Übergriffe und Verhaftungen ihnen gegenüber eingestellt und unterbunden, sowie Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt und Täter:innen bestraft werden;
- Medienfreiheit geschützt, gefördert und garantiert wird, Einschüchterungen und Angriffe gegenüber Medienschaffenden beendet und verurteilt werden, das ITE-Gesetz überarbeitet wird und Verleumdungen nicht mehr strafrechtlich behandelt werden;
- sich die deutsche Bundesregierung öffentlich dafür ausspricht, ein Besuch in Westpapua durch das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN verbindlich per Termin vereinbart und Westpapua für ausländische Journalist:innen und Berichterstatte:innen geöffnet wird;
- in den Empfehlungen Deutschlands im Rahmen des UPR-Verfahrens zu Indonesien (November 2022) die Situation der Menschenrechte in Westpapua Raum findet und der Schutz der Menschenrechte in Westpapua in diesen Empfehlungen an Indonesien adressiert wird. ■

5 Brot für die Welt, Hrsg. (2022): Atlas der Zivilgesellschaft 2022: Freiheitsrechte unter Druck. Schwerpunkt Digitalisierung – Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit. URL: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/Atlas_der_Zivilgesellschaft/2022/Atlas_der_Zivilgesellschaft_2022_online.pdf